Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 128. **Donnerstag** den 12. März 1903. **97. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Kollegen, des außerordentlichen Professors der medizinischen Fakultät,

Herrn Dr. med., phil. et jur.

Julius Victor Carus,

Ritter pp.,

findet Freitag, den 13. März, nachmittags, auf dem Südfriedhofe, die unmittelbar vorausgehende Trauerfeierlichkeit in der Paulinerkirche um 3 Uhr statt.

Für diejenigen Herren Kollegen, welche sich am Konducte beteiligen wollen, stehen Wagen im Hofe des Mauricianum bereit.

Leipzig, am 11. März 1903.

Der Rektor der Universität:
Dr. Wach.

Bekanntmachung.

Da in letzter Zeit mehrfach Zuwiderhandlungen gegen unsere Bekanntmachungen vom 8. Mai 1895 und 2. Mai 1902, **das Revierverlassen von Hunden betr.**, vorgekommen sind, machen wir die Eigentümer von Hunden erneut darauf aufmerksam, daß unsere Forstbeamten angewiesen sind, diejenigen, die ihre Hunde in den städtischen Waldungen einschließlich des Rosentals revieren lassen, zur Anzeige zu bringen, **unbeaufsichtigte und im Aufsuchen oder Verfolgen des Wildes begriffene Hunde aber ohne weiteres zu töten.**

Leipzig, den 6. März 1903.

Der Rat der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Alf. Baumann.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können in unserem Meldeamte Wächterstraße Nr. 5

Sonnabend, den 14. März 1903
nachmittags und
Montag, den 16. März 1903
in Abteilung I, Buchstaben M—Z (für Einwohner)
Dienstag, den 17. März 1903 und
Mittwoch, den 18. März 1903
in Abteilung II (für Fremde) und
Abteilung III (für Dienstboten)

und

Mittwoch, den 18. März 1903
nachmittags und
Donnerstag, den 19. März 1903
in Abteilung I, Buchstaben A—L (für Einwohner)

nur dringliche Geschäfte erledigt werden.

Leipzig, den 9. März 1903.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. R. 1170. Bretschneider. Sch.

Versteigerung.

Morgen Freitag, den 13. d. M., von vormittags 10 Uhr ab, sollen in **L.-Gohlis, Gohliser Str. 36,** im Auftrage des Herrn Rechtsanwalt Dr. Jahnmarkt die zur Konkursmasse E. Lochmann & Co. gehörigen Computer-Utensilien, Hobelbänke u. a. Gegenstände (siehe Bekanntmachung in Nr. 122 d. Bl.) meistbietend gegen bare Zahlung versteigert werden. **Thedus,** Lokalrichter.

Deutscher Reichstag.

281. Sitzung vom 11. März.

⊙ **Berlin,** 11. März. (Telegramm.)

Heute endlich kam beim Militäretat auch Genosse **Zubeil** an die Reihe, der, wie alljährlich, mit seiner Donnerstimme seine zweistündige Rede über die Lohnverhältnisse und sonstigen Zustände in den Spandauer Militärwerkstätten vom Stapel ließ. In sich immer gleichbleibendem höchsten Pathos bespricht der sozialdemokratische Redner Jahr für Jahr angebliche Mängel und Mißstände in jenen Anstalten, und jedesmal wird ihm dann von zuständiger Seite das Unzutreffende der meisten seiner Behauptungen nachgewiesen. Doch das ficht ihn weiter nicht an. Er sagt jedesmal sein Sprüchlein her, und dazu noch in der Sprechweise, die jedem nicht ganz ohne Nerven auf die Welt gekommenen Menschen auf die Dauer schwer auf die Nerven fällt. Die in den ersten Reihen ihren Sitz habenden Volksvertreter flüchten denn auch regelmäßig, wenn sie überhaupt dem Zubeilschen Redestrom stand halten, so weit wie möglich nach hinten. So war es auch heute. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß Herr Zubeil einen Teil seiner Reden zu Auseinandersetzungen mit seinem politischen Gegenfüßler **Pauli-Potsdam** benutzt, daß letzterer auf den groben Klotz Zubeils einen groben Keil setzt und daß Generalmajor v. **Einem** in wirkungsvoller und gewandter Weise Zubeil widerlegt. Alles das, was wir schon so manchesmal erlebt haben, sahen wir auch heute wieder sich vor unseren Augen abspielen. Ein verhältnismäßig ganz gut besetztes Haus folgte namentlich den Ausführungen v. Einems mit großer Aufmerksamkeit. Nachdem Herr v. Einem das hin- und herwogende Redegefecht mit einem Zitat aus „Wallensteins Tod" unter großem Beifall und Heiterkeit beschlossen hatte, ließ Graf **Ballestrem,** da das Haus nunmehr sichtlich beschlußfähig war, die gestern unterbliebenen Abstimmungen vornehmen. Heute wagten die Sozialdemokraten die Beschlußfähigkeit nicht anzuzweifeln. Gegen Schluß der Sitzung erhoben noch **Bebel** und **Ledebour** die gewohnten Klagen über angebliche mißbräuchliche Verwendung der Offizierspferde und die Konkurrenz der Militärkapellen gegenüber den Zivilmusikern. Die von der Militärverwaltung angestellten Versuche mit Selbstfahrern, so heißt jetzt also im amtlichen Verkehr das Automobil, waren das letzte, was heute zur Sprache kam.

⊙ **Berlin,** 11. März. (Telegramm.)

Am Tische des Bundesrats: Kriegsminister v. **Goßler,** Staatssekretär **Thielmann.**

Der **Präsident** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Nach debatteloser Erledigung von Rechnungssachen wird die zweite Beratung des Militäretats beim Kapitel „Technische Institute der Artillerie" fortgesetzt.

Abg. **Zubeil** (Soz.): Der Abg. Pauli hat sehr lange Zeit gebraucht, bis er erkannt hat, daß er der „schlichte Mann aus der Werkstatt" ist. Sonst war er immer der Sekundant der Militärverwaltung, der Freund der Spandauer Meister, der die Interessen der Arbeiterschaft so ausgezeichnet vertreten hat, daß er seine ganze Tätigkeit darauf zuschnitt, die Freunde des Bretwuchers aufs alleräußerste zu unterstützen und die Lebenshaltung der Arbeiter Spandaus herabzudrücken. Auch die Potsdamer Arbeiter werden es ihm nicht vergessen, in welcher herzlosen und höhnischen Weise er von ihnen gesprochen hat.

Präsident **Graf v. Ballestrem:** Sie dürfen nicht sagen, daß ein Kollege herzlos und höhnisch verfährt.

Abg. **Zubeil** (fortfahrend): Sie fühlen, Herr Pauli, am allerbesten, daß Ihre Stunde in diesem Hause geschlagen hat. Herr Pauli, der schlichte Mann aus der Werkstatt, kehrt nicht wieder. (Heiterkeit.) Dafür werden die Spandauer und Potsdamer Arbeiter gesorgt sein. (Abg. Pauli ruft: Abwarten!) Redner ergeht sich hierauf in längeren Ausführungen über die Arbeitsverhältnisse in den Königlichen Werkstätten zu Spandau und wiederholt seine Klagen über zu geringe Lohnzahlungen, Arbeiterentlassungen und Brutalitäten der Meister. Der Betrieb sei unrationell geleitet, da keiner der Direktoren kaufmännisch gebildet sei. Die bürgerliche Presse war außer Rand und Band, als die neue Lohnordnung erschien; aber das hat bald aufgehört. Denn Lohnzulagen hat die neue Ordnung nur in zwei Fällen gebracht, dagegen für acht verschiedene Fälle Lohnabzüge vorgesehen. Den jugendlichen Lohnklassen ist es angesichts der Stücklöhne überhaupt nicht mehr möglich, auszukommen. Statt die achtstündige Arbeitszeit einzuführen und damit sofort 1500 Arbeitern Beschäftigung zu geben, hat die Verwaltung zu dem brutalen Mittel der Arbeiterentlassung gegriffen, und Arbeiter, die 10 und 15 Jahre beschäftigt waren, auf die Straße gesetzt. In einer Audienz hat der Kriegsminister einem Arbeiter der Königlichen Werkstätten vertraulich gesagt, wenn ein Sozialdemokrat gewählt werden sollte, so würden die Militärwerkstätten aus Spandau fortgenommen werden. Eine derartige Wahlbeeinflussung und Wahlagitation ist unerhört, trotzdem in Spandau gerade hierin das Höchste geleistet wird. Mit der Hungerpeitsche sollen die Arbeiter an ihre nationale Pflicht erinnert werden. Zubeil tadelt ferner die Wohlfahrtseinrichtungen der Spandauer Militärwerkstätten und das Subventionswesen, sowie die damit verbundenen Lohn- und Preisdrückereien. Diese seien der traurige Auswuchs der heutigen Arbeiterverhältnisse. Die Königlichen Werkstätten hätten sich nicht zu Musterinstituten entwickelt, als die sie gedacht waren, und so lange die Uebelstände nicht beseitigt seien, würde er immer wieder für die Interessen der Arbeiter eintreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Pauli-Potsdam** (d. k. F.): Ich bin froh darauf, der „schlichte Mann aus der Werkstatt" zu sein. (Lachen b. d. Soz.) Herr Zubeil kann darauf nicht Anspruch machen, denn er ist der Mann, der sich von den Arbeitern ernähren läßt. (Gelächter b. d. Soz.) Ich muß den Herren Bebel und Zubeil ins Gedächtnis zurückrufen, daß ich vom ersten Jahre seit meinem Eintritt in das Haus an für die Interessen der Spandauer Arbeiterschaft eingetreten bin. Die Betriebsschreiber haben eine Aufbesserung nur durch meine Verwendung erhalten und wir erst noch vor kurzem dafür gedankt. Sie (zu den Sozialdemokraten) sprechen immer von Arbeiterentlassungen und niedrigen Löhnen, der Abg. Kunert aber hat erst neulich wieder erklärt: Wir lehnen den ganzen Etat ab. Wo sollen denn da die Löhne für die Arbeiter herkommen? (Sehr gut! rechts.) Wenn Sie in dem Tone vorgehen, wie der Abg. Zubeil, so wird das Kriegsministerium nicht daran denken, Ihren Wünschen nachzukommen. Sie behaupten, das Grab der Arbeiterschaft stehe hinter Ihnen; aber Sie haben nur einige wenige aus jeder Abteilung, und selbst unter diesen Wenigen finden sich noch einige, die mir die Verhandlungen in Ihren Konferenzen hinterbringen. (Heiterkeit.) Diese sagen mir, daß sie nur nicht wagen, sich von Ihnen loszumachen, weil sie sonst gemißhandelt würden. Der Kriegsminister hat gelegentlich einer Konferenz nicht vertraulich zu mir nur gesagt: „Wenn es anders würde, müßte er die Militärwerkstätten schließen." Wenn ich immer wieder mit dem Abg. Zubeil mich über diese Verhältnisse herumstreiten soll, so beschleicht mich immer ein Gefühl, das ich nur als das des Ekels bezeichnen kann.

Generalmajor **v. Einem:** Wenn Herr Abg. Zubeil der Militärverwaltung vorwirft, die Militärverwaltung schere sich den Teufel um ihre Arbeiterschaft, so muß ich das zurückweisen. Ich verstehe nicht, wenn die Zustände so sind, wie Herr Zubeil sie schildert, daß dann noch Arbeiter sich bei uns melden. Am Anfang seiner Rede hat Herr Zubeil ausgeführt, wie jammervoll unsere Löhne seien, im Schlusse seiner Rede hat er aber auf die hohen Löhne hingewiesen, die gerade in Spandau gezahlt würden. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Redner geht dann näher auf die Lohnordnung ein und führt aus, der Abg. Bebel habe seinerzeit anerkannt, daß der Lohn, den heute Zubeil einen Hungerlohn genannt habe, ein guter Lohn sei. Diesen Lohn erhalten über 60 Proz. aller unserer Arbeiter. Ueber 88 Proz. unserer Arbeiter verdienen über 4 ℳ täglich. Die Lohnordnung ist aufgestellt, nachdem wir uns eingehend erkundigt hatten, was an ortsüblichem Lohn gezahlt wird. Sollte dieser in die Höhe gehen, so ist es selbstverständlich, daß auch wir nicht zurückhalten. Die Angelegenheit der Bau- und Maschinentechniker und der Meister wird geregelt werden, wenn das Kriegsministerium an eine andere Ordnung innerhalb der Institute herantritt. Abzüge kennt die Lohnordnung nicht. Die Arbeitsordnung schreibt solche vor, die gesetzlich vollständig am Platze sind. Es ist ausdrücklich gesagt, der Normallohn der betreffenden Klasse soll bei Stücklohn von dem Normalarbeiter bei normaler Anstrengung verdient werden. Die Arbeiter können sogar darüber hinaus verdienen. Erst wenn der Höchstlohn von einer größeren Zahl Arbeiter längere Zeit überschritten wird, wird der Stücklohn reduziert. Die Einteilung der Arbeiter, von der Herr Zubeil mit Hohn und Spott gesprochen hat, besteht seit 1888, und niemals hat bis jetzt einer daran gerüttelt, bis die „Laterne" ihr mildes Licht auch einmal auf diesen Punkt Spandaus richtete. (Heiterkeit.) Was die Arbeiterentlassungen angeht, so sind im Laufe des Jahres 1902 wegen Arbeitsmangels in den gesamten Instituten nur 9 Prog. entlassen. Immerhin ist uns auch dies schmerzlich gewesen; aber wir sind abhängig von den Mitteln, die uns im Etat bewilligt werden. Die vorgeschlagene Verkürzung der Arbeitszeit war nicht durchführbar, da die Arbeiter der Gewehrfabrik, die voll beschäftigt war, sofort auch eine Verkürzung verlangt hätten. Wenn der Abg. Zubeil ein warmes Herz für die Arbeiter hätte, so würde er für die Bewilligung der geforderten Mittel im vorigen Etat eingetreten sein. (Heiterkeit.) Es ist merkwürdig: So lange die Arbeiter in unseren Betrieben beschäftigt sind, klagt man über die Hungerlöhne usw., sind sie heraus, so heißt es, sie haben ihre gute, gesicherte Existenz verloren. (Sehr gut.) Eigentlich müßte doch Herr Zubeil zu jedem Entlassenen sagen: Freue dich, Bruderherz, du hast die Freiheit wieder. (Große Heiterkeit.) Daß die Kinder von Meistern zuerst angestellt werden, ist erklärlich; diese sind gut erzogen und sind vorwärts gekommen. Da spricht man von Brutalität. (Heiterkeit.) Es sind nicht Arbeiter bestraft worden, die das Stenogramm der vorjährigen Rede Zubeils gelesen haben, davon ist kein Wort wahr (Heiterkeit), sondern sie lasen ein sozialistisches Flugblatt, und das wird immer bestraft. (Bravo! rechts.) Alle Unterstützungsgesuche, welche durch den Arbeiterausschuß als berücksichtigungswert empfohlen werden, werden bewilligt. Eine Einengung der Arbeiterausschüsse in spanische Stiefel oder der Versuch, sie mundtot zu machen, ist durchaus nicht nach meinem Geschmack. Wir werden der Sache näher treten und Remedur schaffen. Wir haben absolut kein Interesse daran, daß auswärtige Firmen, an die wir Arbeiten vergeben, den Handwerkern usw. geringe Löhne zahlen; im Gegenteil, wir haben, als wegen Lohndruckerei bei einer Firma Streik ausbrach, unverzüglich die Konventionalstrafe eingezogen und lassen keine Gnade walten. Im Interesse der guten Sache würde ich es bedauern, wenn ein Sozialdemokrat gewählt würde; aber auf unser gutes Verhältnis zu den Arbeitern und unsere Absichten für dieselben hat dies gar keinen Einfluß. Wir werden wie bisher wirtschaften nach den Grundsätzen des Rechts, der Gerechtigkeit und mit Wohlwollen. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. **Zubeil** (Soz.): Es ist sehr bezeichnend, daß der „Herr aus der Werkstatt", welcher sich erlaubt hat, gegen einen Abgeordneten die schwerste Beschuldigung zu schleudern, die möglich ist, nämlich daß wir uns von den Beiträgen der Arbeiter nähren, jetzt so feige ist, das Haus zu verlassen.

Präsident **Graf Ballestrem** ruft den Redner wegen der Beschuldigung der Feigheit zur Ordnung. (Großer Lärm links.)

Abg. **Zubeil** (fortfahrend): Herr Pauli wäre nicht hier, wenn ihm nicht die Arbeiter, die bei ihm beschäftigt seien, die Mittel dazu gäben. Er hat die Annahme des Reichstagsmandates davon abhängig gemacht, daß ihm seine Wähler auch das 15. ℳ-Mandat im Landtag verschaffen. Redner geht dann auf einen Fall in den Werkstätten in Spandau ein, wo ein Leutnant Woltermann Arbeiter schlecht behandelt haben soll.

Generalmajor **v. Einem** erwidert darauf: Die Beschuldigungen gegen den Leutnant halten sich als ein unberechtigter Angriff gegen diesen erwiesen, und schließlich wurde dem Abg. Zubeil zugewendet mit den Worten:

Laß es genug sein, Seni, kaum' herab,
Der Tag bricht an, und Mars regiert die Stunde.
(Stürmische Heiterkeit.)

Eine Reihe weiterer Titel wird angenommen. Der **Präsident** läßt dann, da das Haus inzwischen beschlußfähig geworden ist, die ausgesetzten **Abstimmungen** vornehmen.

Die in Kapitel 24 von der Regierung geforderten Stabsoffiziere für ein Regiment Jäger zu Pferde (Posen) werden gegen die Stimmen der Konservativen nach dem Kommissionsantrag **abgelehnt.** Ebenso wird abgelehnt der Antrag Normann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, betreffend die Gehaltserhöhung der 180 Oberleutnants, gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen.

Bei Kapitel 24, Titel „Mannschaften" behandelt Abg. **Bebel** (Soz.) ausführlich die Abkommandierungen von Soldaten zur Dienstleistung bei Offizieren und die Verwendung von Burschen zu Verrichtungen, die mit dem Militärdienst in keiner Beziehung stünden; ferner die Beurlaubungen für längere Zeit während der Ernte. Wenn Soldaten für so lange Zeit in größerer Zahl entbehrlich seien, so beweise dies, daß die Dienstzeit noch immer zu hoch bemessen sei. Wenn es bei einem Einjährig-Freiwilligen möglich sei, ihn in einem Jahre als kriegstüchtig auszubilden, so müßte dies auch bei den übrigen Mannschaften ermöglicht werden können. Redner tadelt schließlich die Einwirkung der Vorgesetzten auf die religiösen Ansichten der Mannschaften.

Abg. **Ledebour** (Soz.) bezeichnet die Konkurrenz der Militärkapellen gegen die Zivilkapellen als unlauteren Wettbewerb.

Abg. **Graf Roon** (kons.) nimmt die sehr selten vorkommenden Abkommandierungen zur Erntezeit in Schutz und bezeichnet es als sehr natürlich, daß in einem christlichen Staat der Kommandeur auch für das seelische Wohl seiner Untergebenen zu sorgen versucht.

Abg. **Bebel** (Soz.) vertritt nochmals seinen Standpunkt. Ebensowenig wie man das Recht habe, den Soldaten politisch zu drangsalieren, ebensowenig dürfe man dies in religiöser Beziehung tun. Die Behauptung des Grafen Roon über die Abkommandierung widerspreche einem bezüglichen Erlasse.

Auf Anregung des Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.) teilt Generalmajor **v. Einem** mit, daß mit Selbstfahrern Versuche angestellt seien, die namentlich bei der Personenbeförderung genügende Resultate ergeben hätten. Zur die Beförderung von Lasten sei man noch bemüht, zu einem brauchbaren Typ zu kommen.

Noch eine Reihe weiterer Titel wird ohne Debatte erledigt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf **morgen** 1 Uhr. Schluß 6½ Uhr.

Aus den Kommissionen.

⊙ **Berlin,** 11. März. (Telegramm.) Die **Budgetkommission** setzte heute die Beratung des **Marineetats** fort; bei der Forderung für artilleristische Armierung der Linienschiffe M und N wurden je 600 000 ℳ gestrichen; bei der Forderung für den großen Kreuzer „Ersatz Deutschland" wurden 300 000 ℳ gestrichen; verschiedene andere Forderungen wurden ermäßigt. 100 000 ℳ für artilleristische Armierung der Flußkanonenboote wurden gestrichen, ebenso bei den Torpedoarmierungen verschiedene Abstriche gemacht. Ueber die Forderung zum Bau eines neuen Dienstgebäudes des Reichsmarineamts wurde die Beratung ausgesetzt. Die erste Rate von 500 000 ℳ zum Bau einer Kaserne der zweiten Torpedoabteilung in Wilhelmshaven wurde genehmigt, nachdem v. Tirpitz die Forderung warm befürwortet hatte. 50 000 ℳ für bauliche Veränderungen der Marineakademie Kiel wurden gestrichen. Im außerordentlichen Etat wurden für den Bau von 2 Trockendocks in Kiel 1 200 000 ℳ bewilligt, von der Forderung der Trockendocks in Wilhelmshaven im Betrage von 3 250 000 ℳ wurden 2½ Mill. Mark abgesetzt, die Forderung für Erweiterung der Werft im Betrage von 2½ Mill. Mark dagegen um eine halbe Million erhöht. Ueber eine der Stadt Wilhelmshaven zu gewährende beantragte Beihilfe von 25 000 ℳ soll die Verwaltung in eine Prüfung der Dinge eintreten. Damit ist die Beratung des Marineetats, außer der Forderung zum Ankauf eines neuen Dienstgebäudes, erledigt.

* **Berlin,** 10. März. Die Kommission zur Vorberatung des **Phosphorzündwarengesetzes** genehmigte heute nach längerer Debatte, in der nochmals die Explosionsgefahr der neuen Zündmasse behandelt wurde, den § 1 der Vorlage, der das **Verbot** der Verwendung von **weißem oder gelbem Phosphor** zur Herstellung von Streichhölzern ausspricht. Gleichfalls angenommen und zwar ebenfalls gegen eine Stimme wurde § 2, der die Strafbestimmungen enthält. Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.) beantragt, den Fabrikanten, die lediglich Weißphosphorzündhölzer hergestellt haben, eine **Entschädigung** zu gewähren. Regierungsrat Sprenger erklärt sich entschieden gegen die Gewährung einer Entschädigung. Die Fabrikanten könnten ihren Betrieb wie bisher fortsetzen, nur seien sie im Interesse der Gesundheit ihrer Arbeiter gezwungen, die neue Zündmasse an Stelle des alten gefährlichen Phosphors zu benutzen. Die Abstimmung über den Antrag Müller-Meiningen wird auf Donnerstag vertagt.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

⊙ **Berlin,** 11. März. (Telegramm.) Das Haus erledigte zunächst den Etat der **Lotterieverwaltung** und nahm dazu eine **Resolution** an, daß die Regierung Maßnahmen erwäge, um die durch den unerlaubten Vertrieb fremder Lose in Preußen entstandenen Mißstände zu beseitigen oder einzuschränken; dabei sei in Betracht zu ziehen erstens eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens, zweitens die Bildung einer Lotteriegemeinschaft zwischen den beteiligten Staaten und drittens eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den unerlaubten Vertrieb fremder Lose. Finanzminister Freiherr v. **Rheinbaben** stimmte dem zu, meinte aber, die Hauptsache sei, unsere Lotterie konkurrenzfähiger zu machen, deshalb solle eine Prämie eingeführt und die Zahl der Gewinne vermehrt werden. Nach Erledigung des Etats der Staatsarchive wurde die Beratung des **Kultusetats** beim Kapitel „Universitäten" fortgesetzt. Zunächst wurden zur Ausgestaltung der Universität Breslau durch Erweiterung des landwirtschaftlichen Unterrichts und Errichtung einer Tollmutstation und Sternwarte mehrere Wünsche vorgebracht, auf welche Ministerialdirektor Althoff zwar wohlwollend; aber mit Hinweis auf unsere schlechte Finanzlage einging. Auf einen Wunsch des Abg. Freiherr v. **Heereman** (Zentr.) auf Ausgestaltung der Universität Münster zur Volluniversität durch Anfügung einer medizinischen Fakultät entgegnet der Kultusminister Dr. **Studt,** daß das mehrere Millionen kosten würde. Die Regierung wolle den Zeitpunkt abwarten, wo die Anfänge einer medizinischen Fakultät ohne allzu große Finanzbelastung sich ins Leben rufen ließen. Abg. Dr. **Stockmann** (freikons.) wünscht die Errichtung einer evangelisch-theologischen Fakultät in Münster. Der **Minister** entgegnet, die Regierung habe die Frage geprüft, aber nicht gefunden, daß ein dringendes Bedürfnis vorhanden sei. Morgen vormittag: Weiterberatung. Schluß 4¾ Uhr.

Wiederholte Nachrichten.

Aus dem **gestrigen Mittwochsblatte** wiederholt, weil zu spät eingetroffen, um auch in dem frühzeitig **nach auswärts** versendeten Teile der Auflage Aufnahme finden zu können.

* **Paris,** 10. März. (Telegramm.) Der **Senat** setzte die Verhandlungen über die Anfrage, betreffend den **Gesundheitszustand im Heere,** fort. Der **Kriegsminister** antwortete verschiedenen Rednern, daß er ausdrücklich angeordnet habe, keine schwächlichen, besonders keine schwindsüchtigen Leute einzustellen, daß er ferner Maßnahmen getroffen habe, die Ernährung der Soldaten zu verbessern und Ueberanstrengungen zu vermeiden. Er beabsichtige, auch die Zahl der Militärärzte zu vergrößern. Die Weiterverhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

M. **Monte Carlo,** 10. März. (Privattelegramm.) **Schachturnier.** Gestern gewann noch **Tarrasch** gegen Albin; Remis Marco-Marshall. In der 21. Runde gewann **Teichmann** gegen Albin, **Taubenhaus** gegen Schlechter, **Wolf** gegen Moreau, **Tarrasch** gegen Marshall, **Marco** gegen Reggio. Remis: Maróczy-Pillsbury, Mieses-Mason. Stand: Tarrasch + 15, Maróczy, Pillsbury, Teichmann + 14½, Schlechter + 13½, Mieses + 13, Marco + 12, Taubenhaus, Wolf + 10, Marshall + 9, Mason + 8½, Albin + 7½, Reggio + 5, Moreau 0.

* **Haag,** 10. März. (Telegramm.) Kammer. Fortsetzung. Ministerpräsident **Kuyper** erklärt in seiner Antwort, daß die Regierung durchaus nicht auf den Ausbruch des Ausstandes zum 31. Januar vorbereitet gewesen sei, jetzt dagegen alle Maßregeln getroffen habe, um für einen eventuellen Streik gerüstet zu sein. Die Regierung hoffe ebenso wie der Abg. Troelstra, daß er nicht ausbrechen werde. Die politischen Rücksichten erlaubten nicht, darauf zu antworten, ob das Militär im Falle eines Streikes für den Eisenbahndienst verwendet wird. Wenn die Regierung auch hoffe, daß die Ruhe und Ordnung erhalten bleibe, so dürfe sie sich doch nicht durch den Sirenengesang Troelstras verführen lassen. Unter allen Umständen werde sie die Staatsgewalt im Interesse aller Klassen der Gesellschaft aufrecht erhalten. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

* **Madeira,** 10. März. (Telegramm.) **Chamberlain** ist heute vormittag hier **angekommen** und wurde von den Mitgliedern der englischen Kolonie, sowie von zahlreichen Einheimischen begrüßt. Die britischen und portugiesischen Kriegsschiffe salutierten. Der Minister war vier Tage gichtkrank, befindet sich aber wieder bedeutend besser.

Letzte Nachrichten.

* **Berlin,** 11. März. Das **Kaiserpaar** besuchte gestern nachmittag das Atelier des Professors Walter Schott und unternahm darauf einen Spaziergang. Um 7 Uhr begab der Kaiser sich zum Diner beim Grafen

SLUB
Wir führen Wissen.